



# Guttenbergs Kriegshaushalt schafft mehr Unsicherheit, mehr Tote

Rede von Inge Höger, 25. November 2010

**Die Bundeswehrreform dient der weiteren  
Militarisierung der Außenpolitik und einer  
weltweiten Interventionspolitik.**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
80 Prozent der Bevölkerung sagen, die  
Bundesregierung solle bei der Bundeswehr, bei der  
Rüstung sparen und nicht beim Sozialen.  
Verteidigungsminister zu Guttenberg ließ noch im  
Sommer durch die Bild-Zeitung verkünden, er würde  
nun auch bei der Bundeswehr und der Rüstung  
sparen.

(Dr. h. c. Susanne Kastner [SPD]: Macht er auch!  
Leider!)

Aber weder im vorgelegten Haushalt noch im Plan zur  
Reform der Bundeswehr geht es ums Sparen beim  
Militär.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Bundeswehrreform dient der weiteren  
Militarisierung der Außenpolitik und einer weltweiten  
Interventionspolitik.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der

CDU/CSU)

Das erklärte Ziel ist – Herr von und zu Guttenberg hat es häufiger gesagt –, mehr Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze schicken zu können. So steigen die Militärausgaben 2011 um 440 Millionen auf 31,5 Milliarden Euro. Damit handelt es sich hier um den drittgrößten Einzelhaushalt. Dazu kommen in anderen Haushalten versteckte Ausgaben. Nach NATO-Kriterien betragen die Ausgaben dann schon 34 Milliarden Euro.

Bei der Bundeswehr wird eindeutig nicht gespart,

(Beifall bei der LINKEN)

ganz anders als im Sozialbereich. Hier müssen die Bürgerinnen und Bürger mit tiefen Einschnitten rechnen. Anscheinend ist das Sparargument ohnehin nur ein politischer Hebel, mit dem die Strukturreform der Bundeswehr der Öffentlichkeit und besonders der schwarz-gelben Basis verkauft werden soll. Minister zu Guttenberg hat ja immer wieder klargemacht, dass es nicht wirklich darum geht, bei der Rüstung zu sparen. So erklärten Sie, Herr Minister, bereits am 11. Oktober vor der Hanns-Seidel-Stiftung:

"Die Frage kann nicht sein, was können wir uns leisten, sondern was ist uns die Sicherheit wert."

(Elke Hoff [FDP]: Richtig! – Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] CDU/CSU): Das ist doch gut!)

Nur, welche Sicherheit ist gemeint? Soziale Sicherheit sollte allen hier im Parlament viel wert sein.

(Beifall bei der LINKEN – Ernst-Reinhard Beck [Reutlingen] [CDU/CSU]: Ist sie ja auch!)

Sozialpolitik oder Gesundheitspolitik nach Kassenlage zu betreiben, das ist falsch.

(Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU]: Macht auch keiner!)

Sozialpolitik nach Kassenlage ist unsozial.

(Beifall bei der LINKEN – Bartholomäus Kalb  
[CDU/CSU]: Wenn Sie aber nichts in der Kasse haben?  
– Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Schulden  
machen ist unsozial! – Weiterer Zuruf von der  
CDU/CSU: Zum Thema!)

Es geht ganz offensichtlich auch nicht um die  
Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem  
Land; denn durch Ihre Kriegspolitik schaffen Sie  
neue Gefahren für die Menschen hierzulande und in  
den Einsatzgebieten der Bundeswehr.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Guttenberg, Sie haben Ihre Vorstellung von  
Sicherheit in den letzten Tagen und Wochen sehr  
deutlich gemacht. Ihnen geht es vor allem um die  
Sicherheit der Interessen von Unternehmen, um den  
sicheren Zugang zu Ressourcen, um die Sicherheit  
der Handelsrouten.

(Elke Hoff [FDP]: Und der Linksfraktion! – Jörn  
Wunderlich [DIE LINKE]: Und der Rüstungskonzerne!)

Sie fordern etwas, was unser Grundgesetz verbietet:  
Sie fordern Wirtschaftskriege zur Durchsetzung und  
Absicherung der Interessen deutscher Konzerne.

(Zurufe von der CDU/CSU: Pfui! – Unerhört!)

Dazu sagt DIE LINKE klar und deutlich Nein.

(Beifall bei der LINKEN – Elke Hoff [FDP]: So ein  
Blödsinn!)

Bei der Berliner Sicherheitskonferenz haben Sie, Herr  
Guttenberg, jüngst ganz bewusst ein  
außenpolitisches Tabu in unserem Lande gebrochen.  
Sie haben betont, dass Sie die Position des früheren  
Bundespräsidenten Köhler zur militärischen  
Interessendurchsetzung teilen.

(Elke Hoff [FDP]: Ja! Genau richtig!)

Herr Köhler hatte wenigstens noch den Anstand,

anschließend zurückzutreten. Sie erklärten – Zitat –:

"Der Bedarf der aufstrebenden Mächte an Rohstoffen steigt ständig und tritt damit mit unseren Bedürfnissen in Konkurrenz... Da stellen sich Fragen auch für unsere Sicherheit, die für uns von strategischer Bedeutung sind."

Mit Herrn Niebel haben Sie einen Entwicklungshilfeminister an Ihrer Seite, der Organisationen, die in Krisenregionen neutral und unabhängig von der Bundeswehr arbeiten wollen, gern den Geldhahn zudrehen will. Herrn Niebels Ressort wird gleich im Anschluss behandelt. Aber die sogenannte vernetzte Sicherheit ist ja leider auch ein Thema der Verteidigungspolitik geworden.

Die Bundeswehr versucht genauso wie die NATO, die enge Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Verteidigungspolitik als großen Fortschritt zu verkaufen.

Die NATO hat am Wochenende sogar beschlossen, eine eigene zivil-militärische Planungszelle einzurichten. Arme Länder brauchen Entwicklungshilfe, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Notwendig ist eine Außenpolitik, die sich auf Diplomatie stützt und an einem gerechten Ausgleich zwischen Arm und Reich interessiert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Vermischung von zivilen und militärischen Instrumenten führt zu Unklarheit und Unsicherheit. Eine Unterordnung der verschiedenen zivilen Bereiche unter machtpolitische und militärische Prioritäten ist nach unserer Ansicht falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

In Afghanistan ist drastisch zu beobachten, welche fatalen Auswirkungen die Kriegspolitik von Bundeswehr und NATO hat. Das haben nicht erst die

Bombardierung und die bewusste Inkaufnahme von toten Zivilisten am Kunduz-Fluss gezeigt. Immer mehr Soldatinnen und Soldaten bringen immer mehr Unsicherheit, und immer mehr Kampfhandlungen führen zu einer Eskalation des Krieges und zu immer mehr toten Soldatinnen und Soldaten sowie toten Zivilisten.

Auch bei den eingesetzten Soldaten zeigt sich eine Verrohung, die dieser Kriegseinsatz hervorruft.

(Elke Hoff [FDP]: Das ist ja unglaublich! – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Bitte? Das ist ja unverschämt! – Gegenruf von der LINKEN: Es ist aber so! – Jürgen Herrmann [CDU/CSU]: Sie kennen sich ja auf den Schiffen aus, wo es auch zur Sache geht!)

Ich zitiere, was ein Soldat in einem von der Nachrichtenagentur

dapd jüngst veröffentlichten Interview gesagt hat:

"Man baut einfach einen Hass gegen die Bevölkerung auf. ... Man möchte am liebsten auch alle normalen Afghanen ins Jenseits befördern."

Allein die Erkenntnis, dass der Einsatz in Afghanistan bei deutschen Soldaten solche Vorstellungen hervorruft,

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]:  
Entschuldigung! Nicht die deutschen Soldaten!)

sollte Grund genug für einen sofortigen Abzug sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Bitte erzählen Sie nun nicht, die NATO habe ja in Lissabon den Rückzug aus Afghanistan bis Ende 2014 beschlossen. Es wurde nur der Abzug von Kampftruppen angekündigt, keineswegs der Abzug aller Soldaten. Das Vorbild für diesen Plan ist der Irak: Dort sind trotz Abzugs der USA immer noch 50 000 US-amerikanische Soldaten. Sie übernehmen die Gefechte in der Regel nicht mehr selbst; dies überlassen sie den irakischen Truppen. Die

internationalen Truppen unterstützen und beraten die irakischen Truppen bei deren Kampf gegen andere Iraker. Wie im Irak soll die Kriegsführung auch in Afghanistan Stück für Stück auf die einheimische Bevölkerung übertragen werden. Das ist kein Friedensplan; das ist ein Plan zur Ausweitung eines Bürgerkrieges.

Das ist keine Afghanisierung der Sicherheit; das ist eine Afghanisierung des Krieges.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die einzige Antwort kann nur sein: Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan!

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Rüstungshaushalt werden allein für Waffensysteme über 5,2 Milliarden Euro ausgegeben. Darüber hinaus hat die Bundeswehr Rüstungsverträge abgeschlossen, durch die bereits heute Verpflichtungen für Ausgaben in Höhe von mehr als 46 Milliarden Euro bestehen. Das ist unverantwortlich.

Das Verteidigungsministerium selbst gibt zu, dass nahezu keines der Aufrüstungsprojekte zeitlich und finanziell im Rahmen bleibt. Auch die Qualität lässt häufig zu wünschen übrig. Durch eine absolut schlampige und häufig verspätete Produktion bietet die Rüstungsindustrie aber die Chance eines Ausstiegs. Diese Chance eines Ausstiegs aus den Beschaffungsprojekten sollten Sie nutzen.

Die Regierung beharrt aber auf dem Kauf des Schützenpanzers Puma oder des Kampfhubschraubers Tiger, obwohl die Industrie bis heute keine fehlerfreien Geräte liefern kann. Es gäbe die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung. Ähnliches gilt für die neuen Fregatten oder den Transporthubschrauber NH-90.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Mit den neuen Fregatten ist alles in Ordnung!)

Die Beschaffung des Militärtransporters A400M ist der teuerste Fall von Pleiten, Pech und Pannen bei der Aufrüstung, an dem die Bundesregierung festhält. EADS hat bereits Anfang des Jahres finanzielle und zeitliche Zugeständnisse erbettelt. Nun will der Rüstungskonzern das einmalige Angebot machen, nur noch 170 Flugzeuge zum Preis der ehemals ausgehandelten 180 Flugzeuge zu liefern. Neben anderen Zugeständnissen erhält EADS im Zuge des vorliegenden Haushalts einen Kredit, der nur dann zurückgezahlt werden muss, wenn ausreichend hohe Einnahmen aus dem Export erzielt werden. Dafür werden 500 Millionen Euro aus Steuermitteln zur Verfügung gestellt. Damit wird ein privates Risiko öffentlich abgesichert.

Im Ergebnis wird die Aufrüstung der Bundeswehr über die Ausweitung von Rüstungsexporten finanziert. Das ist wohl kein Zufall. Parallel zum Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee sind die Rüstungsexporte kontinuierlich angestiegen. Ich denke, ohne eine Abkehr von der globalen Interventionspolitik wird es kaum möglich sein, Rüstungsexporte zu verringern und zu kontrollieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man über die Bundeswehr redet, muss man auch das Bündnis betrachten, in dessen Rahmen die meisten deutschen Soldaten im Ausland eingesetzt sind: die NATO. Am letzten Wochenende hat die NATO in Lissabon ihr neues Strategisches Konzept beschlossen.

Die Bilanz dieses Gipfels bei den Themen „Abrüstung“ und „Frieden“ ist äußerst mager. Es ist besonders dreist, die bloße Erwähnung der atomaren Abrüstung als Erfolg zu verkaufen. Dabei wird betont – ich zitiere –:

"Solange es Nuklearwaffen auf dieser Welt gibt, wird die Nato eine nukleare Allianz bleiben."

So schafft die NATO keine Bedingungen für die nukleare Abrüstung, sondern das genaue Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich abschließend kurz noch etwas zur aktuellen Terrorhysterie sagen. Der Vorsitzende des Bundes der Kriminalbeamten, Klaus Jansen, forderte gestern:

"Für den Schutz besonders gefährdeter Einrichtungen, Infrastruktur oder Veranstaltungen muss unterstützend die Bundeswehr eingesetzt werden."

Nur durch Amtshilfe der Bundeswehr lasse sich der Schutz der Bevölkerung angeblich gewährleisten. So verhindern Sie keinen einzigen Terrorangriff, aber Sie verändern unser Land in eine gefährliche Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Linke steht für eine Politik, die nicht vom Einsatz her denkt, weder im Inland noch im Ausland.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Haibach [CDU/CSU]: Das Schlimme ist: Ihre Politik denkt gar nicht! Das ist das Problem!)

Die Linke steht für eine Friedenspolitik, die von der Abrüstung her denkt. Unser Ziel ist eine gerechte und friedliche Welt ohne Atomwaffen, ohne Rüstung und ohne Militärinterventionen.

(Beifall bei der LINKEN)

[...]

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bald beginnt die Weihnachtszeit. Da darf man sich etwas wünschen: Ich wünsche mir von den Sozialdemokraten und den Grünen, dass sie dafür sorgen, dass solche Politiker wie Frau Höger unser Land nie regieren. Das wäre mein Wunsch nach



dieser Rede.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie es aussieht, reicht es für Rot-Grün allein! Den Wunsch können wir erfüllen!) [...]

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg,  
Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Ich begrüße auf der Tribüne Soldatinnen und Soldaten des Fachsanitätszentrums in Kiel. Ich begrüße sie gerne, und ich frage mich ein wenig, was diese Soldatinnen und Soldaten vorhin dachten, als Sie, Frau Höger, hier Ihren Redebeitrag geleistet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig vom grundsätzlichen Niveau dieser Rede, auf das ich gar nicht eingehen möchte, ist es schon erstaunlich, wie man sich die Freiheit nehmen kann, Menschen, die sich grundsätzlich bereit erklären, für den Dienst an dieser Gesellschaft Leib und Leben zu riskieren, so pauschal zu beleidigen. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Inge Höger [DIE LINKE])

Man kann ja einen harten Streit über viele Punkte führen, über die wir zu Recht diskutieren und diskutieren müssen, aber ein Restmaß an Anstand im Umgang darf, glaube ich, schon noch gepflegt werden. Deswegen war mir dieser Hinweis wichtig.  
[...]

Inge Höger (DIE LINKE):

Herr Minister zu Guttenberg, ich verwahre mich dagegen, ich hätte alle Soldaten pauschal beleidigt.

(Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU): Natürlich! Die ganze Bundeswehr!)

Ich habe aus einem Interview zitiert. Ich habe das getan, weil ich gerade nicht möchte, dass die Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan die Zivilbevölkerung als potenziellen Feind betrachten.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Jetzt machen Sie das Gleiche noch einmal!)

Ich habe das getan, weil wir als Linke nur eine Möglichkeit zur Gewährleistung des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten sehen, nämlich wenn Sie die Soldatinnen und Soldaten ganz schnell aus diesem Einsatz nach Hause holen. Deshalb stimmen wir auch grundsätzlich gegen diese Auslandseinsätze, damit wir sie nicht in Gefahr bringen.

(Beifall bei der LINKEN - Elke Hoff [FDP]: Setzen, durchgefallen!)